



Uebersetzung des offenen Briefes

Freiburg, den 4. Februar 2008

Verzögerungen bei der HPV-Impfung

**Offener Brief an Herrn Bundespräsident Pascal Couchepin, Vorsteher des Departements des Innern, an die kantonalen Sanitätsdirektoren und den Direktor von Santésuisse**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte  
Sehr geehrter Herr Direktor

Die Pädiater der Schweiz befinden sich seit einem Monat in einer ethisch schwierigen Lage.

Es gibt seit einem Jahr eine Impfung, die es möglich macht, junge Frauen gegen die zweithäufigste weibliche Krebsart zu schützen, nämlich den Gebärmutterhalskrebs. Sie vermindert das Risiko einer Erkrankung um mehr als 70%.

Gemäss einer Entscheidung des BAG figuriert diese Impfung seit dem 1. Januar 2008 auf der Liste der Pflichtleistungen der Krankenkassen, sofern die Applikation im Rahmen eines kantonalen Programms erfolgt.

Auch jetzt, einen Monat später, sind diese kantonalen Programme noch nicht flächendeckend eingeführt.

Können Sie sich unseren ethischen Konflikt gegenüber einer Jugendlichen vorstellen, die von uns einen Schutz gegen eine virale Infektion wünscht, von der sie weiss, dass sie zu schwersten medizinischen Komplikationen und sogar zum Tod führen kann? Wir möchten in Erinnerung rufen, dass man abschätzen kann, **dass sich in jeder weiteren Woche, die so vergeht, einige hundert Jugendliche anstecken. Wer wird die menschliche, ethische und juristische Verantwortung für die zahlreichen Krebserkrankungen übernehmen, die sich daraus ergeben?**

Es ist richtig, dass wir einige unserer jungen Patientinnen impfen, nämlich die, die über eine Privatversicherung verfügen oder deren Eltern in der Lage sind, die Kosten selbst zu übernehmen. Dies bedeutet aber, dass wir eine **Zweiklassenmedizin** praktizieren, die den Privilegierten einen Schutz anbietet und die anderen vernachlässigt.

Wir können diese unzeitgemässe Situation nicht mehr tolerieren und vertreten die Meinung, dass dies nicht mehr so weitergehen kann. Wir wissen, dass die finanzielle Belastung ein starkes Gegenargument zu unseren medizinischen und ethischen Problemen darstellt. Wir zweifeln dennoch nicht daran, dass Sie die notwendigen Massnahmen in unserem Land ergreifen werden, in welchem ökonomische Ueberlegungen gegenüber moralischen Verpflichtungen nicht mehr Bedeutung haben dürfen.

Mit dem besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und freundlichen Grüssen

Schweizerische Gesellschaft für Pädiatrie ...